

Prognose 1980: Verschlechterung der Konjunktur

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Der internationale Ausblick auf 1980 steht mehr als bisher vermutet im Zeichen der Bedrohung der Konjunktur durch Erdölpreissteigerungen. Die jüngsten Beschlüsse Saudi-Arabiens und einiger anderer Erdöllieferanten dieser Region (vom 13. Dezember 1979) und die mutmaßliche Preisentwicklung im Gefolge der OPEC-Konferenz von Caracas lassen für das kommende Jahr ein Erdölpreinsniveau erwarten, das in den meisten internationalen Prognosen vom Herbst 1979, darunter auch jenen der OECD, nicht angenommen wurde.

Entwicklung der Erdölpreise

Die offiziellen Verkaufspreise (state sales prices) der OPEC-Länder für Erdöl beliefen sich Ende 1978 im Durchschnitt auf rund 12,5 \$ bis 13 \$ je Barrel, Anfang 1979 wurden sie auf über 13,5 \$ hinaufgesetzt und stiegen im Laufe des Frühjahrs bis Juli auf rund 20 \$. Im Herbst wurde auch dieses Preisniveau nicht mehr gehalten. Die auf den Spotmärkten und für nicht kontraktgebundene Mengen erzielten hohen Preise trieben auch die offiziellen Verkaufspreise auf 22,5 \$ bis 23 \$ hinauf. Nimmt man an, daß andere Länder (Irak, Kuwait, Iran) den arabischen Schritt teilweise mitmachen, so ergibt sich für November ein offizielles Preisniveau von rund 27 \$ je Faß. Auf den Spotmärkten wird dieses teilweise bis zum Doppelten überschritten.

Es ist außerordentlich schwierig, die weitere Entwicklung der Erdölpreise vorherzusehen. Neben ökonomischen Kräften sind politische Entwicklungen abzuschätzen. Die nachlassende Konjunktur in den Industriestaaten und der Umstand, daß diese im Laufe des Jahres 1979 ihre Lager aufgefüllt haben, könnten darauf hindeuten, daß die OPEC eine weitere Preissteigerung nicht leicht durchsetzen kann, und daß über Rabatte das gegenwärtige Preisniveau abbröckeln könnte. Dazu sollte auch die vereinbarte Importbeschränkung im Rahmen der Internationalen Energieagentur beitragen. Andererseits ergeben politische Studien, daß sich in vielen Erdölländern die Voraussetzungen für geplante oder, infolge politischer Unruhen, auch unbeabsichtigte Liefereinschränkungen verstärkt haben. Es ist daher nicht auszuschließen, daß der Erdölpreis, den die Industrieländer im kommenden Jahr für ihre Bezüge im Durchschnitt zahlen müssen, den Wert von 30 \$ je Faß übersteigt. In dieser Prognose wird — aus gegenwärtiger Sicht und

angesichts der in Caracas erhobenen Forderungen verhältnismäßig vorsichtig — mit einem offiziellen Erdölpreis von durchschnittlich 27 \$ bis 28 \$ und, infolge der Nachfrageabschwächung, mit einem Verfall der Spotmarktpreise bis etwa auf dieses Niveau gerechnet.

Dieses Preisniveau (in Dollar) würde im Durchschnitt 1980 um rund 40% über dem des Jahres 1979 und um mehr als das Doppelte über dem des Jahres 1978 liegen. Für Hartwährungsländer wird die Steigerung geringer ausfallen, auch wenn sich die Erdölländer bemühen, von der Fakturierung in Dollar loszukommen, um 1980 nicht die volle Kaufkrafteinbuße der amerikanischen Währung hinnehmen zu müssen.

Konsequenzen für die Konjunktur

In den USA hat sich seit Jahresbeginn 1979 die Konjunktur allmählich abgeschwächt, ohne daß es zu einem abrupten Nachfrageeinbruch gekommen wäre. Auch in Westeuropa mehren sich die Anzeichen einer Konjunkturwende. In Deutschland scheint sich die Konjunktur im Herbst zunächst auf noch hohem Niveau stabilisiert zu haben. In mehreren anderen Ländern ist die Industrieproduktion saisonbereinigt etwas zurückgegangen. Die Unternehmererwartungen sind generell skeptischer geworden. Die Inflation hat sich im Laufe des Jahres in den meisten Ländern deutlich beschleunigt. Im Spätherbst betrug der Vorjahrsabstand der Verbraucherpreise in den OECD-Ländern knapp +11% gegen +8½% zu Jahresanfang.

Die OECD nahm im November eine Abschwächung der Konjunktur in den Industrieländern von rund +3% (1979) auf etwa +1½% im nächsten Jahr an. Sie nahm dabei das Erdölpreinsniveau vom Frühherbst als real konstant an. Nun scheint sich abzuzeichnen, daß die tatsächlichen Erdölpreise in Dollar nominell um rund 30% höher liegen könnten, als von der OECD angenommen wurde. Es sind daher auch die Konsequenzen für Konjunktur und Inflation pessimistischer einzuschätzen. Die jetzt gegebene Situation ist jener im 1. Halbjahr 1974 viel ähnlicher, als die OECD und die vorhergehende Wifo-Konjunkturprognose vom September annahm.

Die Erdölpreissteigerung wirkt direkt und indirekt auf die Konjunktur. Direkt wird den Industrieländern Kaufkraft entzogen. Vermehrte Nachfrage nach Produkten dieser Länder von seiten der OPEC kann dies nicht ohne Verzögerungen wettmachen. Im Jahre 1974 betrug der Außenhandelsüberschuß der OPEC gegen-

über der OECD rund 1,7% des Sozialproduktes dieser Ländergruppe. Bis 1978 ging er auf rund 0,2% des OECD-Sozialproduktes zurück. Für 1979 ist jedoch wieder mit rund 1% und für 1980 unter den erläuterten Annahmen mit 1,5% zu rechnen. Der kumulierte Effekt des Kaufkraftentzuges in den Jahren 1979 und 1980 wäre demnach annähernd in der gleichen (realen) Größenordnung wie 1974/75.

Die indirekten Effekte kommen einerseits von Reaktionen der Unternehmer und der Verbraucher in den Industrieländern. 1974/75 erhöhte sich die Sparneigung der Konsumenten sehr deutlich, während gleichzeitig die Investitionsneigung und der Lageraufbau in den Unternehmungen schlagartig abbrachen. Andererseits sind auch Maßnahmen der Regierungen einzukalkulieren. Diese stehen abermals vor dem Dilemma, gleichzeitig die Konjunktur stützen und die durch Erdöl- und andere Energie- und Rohstoffpreise angeheizte Inflation bremsen zu sollen. Die Geldpolitik wirkte 1974 relativ scharf restriktiv.

Die Erwartungen in bezug auf die Reaktionen des Unternehmungs- und des Haushaltssektors sind gegenwärtig insgesamt günstiger als damals. Insbesondere scheint die Investitionsbereitschaft in vielen wichtigen Ländern, gestützt auf die gute Gewinnlage 1979 und die klar sichtbaren Investitionsziele (Einsparung von Energiekosten, Nachholbedarf nach mehreren Jahren geringer Investitionen), höher oder zumindest das Risiko eines raschen Abbruchs der Investitionen geringer zu sein als damals. Auch war die spekulative Lageraufstockung 1979 geringer als 1974. Die Sparneigung der Konsumenten dürfte sich schon allein auf Grund der niedrigen Realeinkommenszuwächse in engeren Grenzen halten.

Die Fiskalpolitik ist in vielen Ländern auf die Anforderungen der Bekämpfung einer neuen Rezession schlechter vorbereitet. Dennoch würden zumindest die automatischen Stabilisatoren wirksam werden. In der Bundesrepublik Deutschland, die für die europäische Konjunktur maßgebend ist, würde die finanzpolitische Situation eine Konjunkturbelebung gestatten. Die Geldpolitik hat andererseits in wichtigen Ländern (USA, Japan, Bundesrepublik Deutschland u. a.) seit einiger Zeit eine restriktive Linie eingeschlagen, um der Inflationsbeschleunigung Herr zu werden. Es ist nicht anzunehmen, daß dieser Kurs unter dem Einfluß der jüngsten Ereignisse auf den Erdölmärkten gelockert wird.

Das Institut muß unter diesen Aspekten davon ausgehen, daß sich die Konjunktur in den westlichen Industrieländern stärker abschwächen wird, als man noch vor kurzem annehmen konnte. Dennoch wird, außer für die USA, mit keinem Rückgang des Sozialproduktes im Jahresdurchschnitt gerechnet. Es ist aber zu betonen, daß diese Einschätzung der Lage nur realistisch ist, wenn reale Verteuerungen des Erdöls über das erläuterte Niveau hinaus nicht eintreten.

Für die OECD im Durchschnitt erwarten wir nun ein bescheidenes reales Wachstum von rund +1% (1979 +3%), für Westeuropa von höchstens +1½%, für die Bundesrepublik Deutschland von +2%. Die österreichischen Exportmärkte (Volumen der Importe unserer Handelspartner, ohne Energieimporte) würden unter diesen Voraussetzungen um rund 3½% wachsen.

Wechselkursentwicklung

Auf das gegenwärtige Wechselkursgefüge werden 1980 vor allem die unterschiedliche Inflation und die Veranlagung der Erdölerlöse der OPEC einwirken. Die relative Stabilität der Preise in der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und in Japan sowie das Bestreben, die Dollarguthaben zumindest nicht allzusehr auszuweiten, wird zu einer starken Nachfrage nach DM, Yen und Schweizer Franken führen und diese immer mehr in die Rolle von Reservewährungen drängen. Dennoch ist anzunehmen, daß die neuen zu erwartenden Erlösüberschüsse der OPEC auch in Dollar angelegt werden und dessen Kurs daher stützen. Sie betragen 1979 rund 70 Mrd. \$ und werden für 1980 auf etwa 120 Mrd. \$ geschätzt. Der kumulierte Devisenüberschuß der OPEC seit 1974 wird 1980 bereits eine Höhe von rund 400 Mrd. \$ erreichen.

Die Inflationsraten der westlichen Welt haben sich in jüngster Zeit nicht nur erhöht, sondern auch wieder stärker auseinander entwickelt. Für 1980 wird eine Steigerung der Verbraucherpreise in der Bundesrepublik Deutschland und in Japan von 5% bzw. 7% bis 8% angenommen, in den USA aber über 10%, in Großbritannien und Italien über 15%. Es wird vorausgesetzt, daß sich die harten Währungen, ausgehend vom Kursniveau Anfang Dezember, gegenüber dem Dollar um weitere 5% bis 10% verteuern. Anzunehmen ist auch, daß im Europäischen Währungssystem der Kurs der DM nach oben gedrückt wird. Für den österreichischen Schilling wäre es bei grundsätzlichem Beibehalten der Hartwährungspolitik, die sich angesichts der Inflation im Ausland empfiehlt, daher unrealistisch, von konstanten Wechselkursen auszugehen. Vielmehr ist zu erwarten, daß der reale Wechselkurs des Schillings (unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Inflation) im kommenden Jahr annähernd konstant gehalten werden kann.

Abschwächung der Auslandsnachfrage

Die österreichische Konjunktur wurde 1978 und 1979 sehr stark von der Auslandsnachfrage getragen. Für 1979 ist ein reales Ausfuhrwachstum von 13% zu erwarten. Dazu trug neben Marktanteilsgewinnen, die gegenüber den Vorjahren schwächer ausfielen, vor al-

lem die Exportstruktur bei, weil die traditionellen österreichischen Halbfabrikatexporte durch den internationalen Lageraufbau sehr begünstigt waren. Die mengenmäßige Exportsteigerung wurde von einer Besserung der im Außenhandel erzielten Preise begleitet, die sich gleichfalls auf Rohstoffe und halbfertige Waren konzentrierte. Diese wurden im Oktober noch um 15% bis 20% teurer verkauft als vor einem Jahr. Das Preisniveau der Fertigwarenausfuhr war hingegen im Jahresdurchschnitt nur um rund 1% höher als im Vorjahr und schwächte sich überdies im Herbst etwas ab. Der Durchschnittswert der gesamten österreichischen Ausfuhr dürfte 1979 um 3½% höher gewesen sein als im Vorjahr.

Die konjunkturelle Abschwächung der Auslandsnachfrage im kommenden Jahr wird überwiegend die Vorproduktlieferungen treffen. Der neuerliche Erdölpreissprung Ende 1979 wird jedoch die Nachfrage für die Lageraufstockung noch verlängern.

Die Investitionskonjunktur scheint zumindest in der Bundesrepublik Deutschland und in einigen kleineren Ländern für das 1. Halbjahr 1980 gesichert. Bescheidene Zuwächse sind für Konsumgüterexporte zu erwarten.

Trotz der nominellen Aufwertung während des Jahres 1979 hat sich die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft heuer deutlich verbessert. Arbeitskosten und Ausfuhrpreise sind auch in einheitlicher Währung relativ zu den Handelspartnern zurückgegangen. Dies sollte gewährleisten, daß Österreich trotz nachlassender Integrationsimpulse und Abschwächung der Grundstoffkonjunktur seine Marktanteile im Ausland halten oder sogar leicht ausbauen kann. Das Preisniveau im Export wird 1980 weit weniger stark erhöht werden können als im abgelaufenen Jahr. Immerhin wird es zu Jahresbeginn noch deutlich höher sein als zwölf Monate vorher. Dies wird einen leichten Anstieg im Jahresdurchschnitt ermöglichen. Relativ günstig sind die Aussichten für eine weitere nennenswerte Steigerung der Reiseverkehrseinnahmen. Die gute Konjunktur des Jahres 1979 wirkt erfahrungsgemäß in den Reiseplänen der ausländischen Urlauber noch nach. Die Nächtigungen könnten um einen mittleren Wert (rund +4%) zunehmen, und gleichzeitig dürfte auch der Aufwand je Nächtigung weiter leicht steigen. Das Preisniveau wird sich für Ausländer um 5% bis 6% erhöhen.

Unterschiedliche Tendenzen der Binnennachfrage

Sehr gedämpfte Einkommens- und Konsumententwicklung

Für die heimische Nachfrage sind unterschiedliche Tendenzen absehbar. Die Ausgaben der privaten

Haushalte werden im kommenden Jahr real nur sehr wenig gesteigert werden können, weil die Einkommensentwicklung gerade ausreichen wird, die steigenden Lebenshaltungskosten und Abgaben an den Staat und die Sozialversicherungen auszugleichen. Die Masseneinkommen werden netto und zu konstanten Preisen im Jahresdurchschnitt kaum über jenen des Jahres 1979 liegen.

Diese Prognose geht davon aus, daß die Kaufkraft der kollektivvertraglichen Lohn- und Gehaltssteigerungen bis zur nächsten Lohnrunde nahezu völlig durch die Inflation ausgehöhlt wird. Die relativ günstige Ertragslage der Unternehmungen im abgelaufenen Jahr wird jedoch zu etwas höheren innerbetrieblichen Ist-Lohnsteigerungen führen. Die verfügbaren Einkommen werden durch die Effekte der Einkommensteuerprogression und die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, die zusammen mindestens 1 Prozentpunkt von der Brutto-Einkommenserhöhung abzweigen werden, reduziert.

Die nächste Lohnrunde wird nicht nur unter dem Eindruck der höheren Inflationsrate und der Besserung der Ertragslage im abgelaufenen Jahr stehen, sondern auch unter dem der Konjunkturverschlechterung und möglicher Risiken für die Vollbeschäftigung. Es ist daher kaum anzunehmen, daß die Sozialpartner

Entwicklung der Nachfrage

	1978	1979	1980	1978	1979	1980
	Mrd S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Nominell</i>						
Privater Konsum	461.8	505.7	536.7	1.5	9½	6
Öffentlicher Konsum	150.0	160.5	170.9	9.1	7	6½
Brutto-Anlageinvestitionen	221.3	243.4	263.6	2.7	10	8
Lagerbewegung und Statistische Differenz	18.4	18.2	22.9			
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	851.5	927.9	994.1	3.2	9	7
Plus Exporte i. w. S	293.4	336.6	362.0	7.1	14½	7½
Warenverkehr ¹⁾	176.5	206.5	219.1	9.1	17	6
Reiseverkehr	67.4	74.8	83.0	12.2	11	11
Minus Importe i. w. S	301.9	349.8	380.5	-1.5	16	8½
Warenverkehr ¹⁾	231.8	269.5	294.4	-1.3	16¼	9¼
Reiseverkehr	33.6	37.3	39.5	-0.3	11	6
Brutto-Inlandsprodukt	843.0	914.7	975.6	6.4	8½	6½
<i>Real (zu Preisen von 1964)</i>						
Privater Konsum	229.6	242.3	245.0	-3.4	5½	1
Öffentlicher Konsum	49.0	50.5	51.7	3.0	3	2½
Brutto-Anlageinvestitionen	111.4	116.8	121.1	-3.2	4¼	3½
Bauten	63.6	64.2	64.8	2.2	1	1
Ausrüstungen	47.8	52.6	56.3	-9.5	10	7
Lagerbewegung und Statistische Differenz	16.8	16.1	17.4			
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	406.8	425.7	435.2	-1.9	4½	2¼
Plus Exporte i. w. S	176.6	195.1	203.2	5.7	10½	4
Warenverkehr ¹⁾	114.6	129.5	134.7	9.1	13	4
Reiseverkehr	30.7	32.5	34.1	8.5	6	5
Minus Importe i. w. S	175.0	191.8	199.1	-2.4	9½	4
Warenverkehr ¹⁾	139.6	153.6	160.1	-1.2	10	4¼
Reiseverkehr	18.5	19.1	19.3	-6.6	3½	1
Brutto-Inlandsprodukt	408.4	429.0	439.3	1.5	5	2½

¹⁾ Laut Außenhandelsstatistik

für den Rest von 1980 und das Jahr 1981 ihre Politik ausgesprochen mäßiger Lohnabschlüsse wesentlich ändern werden. Die Nominallohnsteigerungen werden aber wahrscheinlich doch höher als zuletzt sein.

Die Ausweitung der Konsumausgaben wird auch 1980 noch durch eine leichte Senkung der privaten Sparquote finanziert werden. Dies ist insbesondere im Gefolge der Verringerung der Sparförderung zu erwarten. Insgesamt ist eine sehr schwache Ausweitung des realen Konsumvolumens um rund 1% zu erwarten. Weit geringer als 1979 werden insbesondere die Ausgaben für Personenkraftwagen wachsen. Die Zahl der Neuzulassungen von Fahrzeugen für private Zwecke wird annähernd auf dem Niveau von 1979 stagnieren. Die zu erwartende Konsumflaute hat nicht nur Konsequenzen für den Handel und verbraucher-nahe Dienstleistungen, sondern wird auch die Importneigung drücken.

Mäßiger Anstieg des Investitionsvolumens

Die Erwartung einer weiteren Besserung des industriellen Investitionsklimas ist einer der wichtigsten Unterschiede in der gegenwärtigen Konjunkturbeurteilung gegenüber der Situation 1974. Die Industrieunternehmen meldeten im Spätherbst Investitionsvorhaben, deren nomineller Wert um rund 20% über den ersten Plänen für 1979 lag. Auch wenn durch Preissteigerungen und Planrevisionen ein Teil dieser Projekte noch gekürzt werden könnte, ist in diesem Sektor mit einem realen Zuwachs von über 10% zu rechnen. Deutlich höhere Investitionen sehen auch die Energiewirtschaft und die Sondergesellschaften für Straßenbauten vor (nominell +10%). Eine Einschränkung ihres Investitionsvolumens planen nicht nur die öffentlichen Haushalte, die Stadtwerke und Verkehrsbetriebe, sondern auch die Bauwirtschaft.

Der Schwerpunkt der Investitionen wird sich deutlich zu den Ausrüstungen verlagern. Für bauliche Investitionen bestehen auf Grund der gegenwärtigen Auftragslage und der erkennbaren Pläne der Investoren nur geringe Wachstumsaussichten. Diese konzentrieren sich auf den Wohnungsbau, energiesparende Aus- und Einbauten, industriell-gewerbliche Projekte sowie auf einzelne Großbauvorhaben.

Importe, terms of trade und Leistungsbilanz

Die Importquote der österreichischen Wirtschaft hat sich im abgelaufenen Jahr erwartungsgemäß wieder erhöht. Während der Importanteil real (Importe zu konstanten Preisen bezogen auf die entsprechenden inländischen Nachfragevolumina) bei Nahrungsmitteln, Halbfabrikaten und fertigen Investitionsgütern

deutlich unter dem bisherigen Trend der siebziger Jahre lag, entsprach er bei fertigen Konsumgütern und bei Chemikalien dem Trend und lag bei Rohstoffen deutlich darüber. Besonders kräftig wuchs, auch mengenmäßig, die Einfuhr von Energieträgern (Kohle, Erdöl roh und Erdgas) sowie, noch stärker, von Personenkraftwagen. Dennoch erreichten die Fahrzeugimporte nicht den Trendwert, der sich aus der Extrapolation der Entwicklung in den siebziger Jahren ergäbe. Die Verringerung des Einkommenswachstums dürfte bei diesem Trendbruch eine entscheidende Rolle spielen.

Legt man die erkennbaren Trends und die konjunkturelle Reagibilität der Importquoten nach Warengruppen der Prognose der Importe im Jahre 1980 zugrunde und berücksichtigt man die zu erwartenden Nachfragetendenzen, so ergibt sich ein Zuwachs des realen Importvolumens von etwas mehr als 4%. Dieser Zuwachs wird insbesondere von einer Zunahme der Investitionsgüterimporte getragen. Trotz der Verteuerung ist auch mit einer mäßigen Zunahme der realen Energieeinfuhr zur weiteren Auffüllung von Pflichtlagern und freiwilligen Reserven zu rechnen.

Die Importpreise werden gegensätzlichen Tendenzen unterliegen. Während ein Rückgang der Preise für importierte Rohstoffe und eine Stagnation bei Halbfabrikaten, Nahrungsmitteln (ausgenommen Kaffee) und Konsumgütern zu erwarten ist, werden Investitionsgüter mäßig und Energieeinfuhren empfindlich teurer.

Die Erdöleinfuhr verteuerte sich im Jahre 1979 um rund 30%. Pro Tonne mußten im abgelaufenen Jahr rund 1.930 S (c. i. f. österreichische Grenze) gezahlt werden (1978 1.482 S). Selbst wenn der Preis, der Ende 1979 bezahlt wurde, konstant bliebe, ergäbe sich für 1980 ein um rund 16% höheres Preisniveau. Die oben dargelegten Annahmen über die internationalen Erdölmärkte und die Wechselkurse bedeuten aber, daß die Tonne Erdöl im kommenden Jahr mindestens 2.500 S kosten wird. Dies wäre abermals eine Verteuerung um rund 30%. Auch die Preise für andere Energieträger (insbesondere Erdgas) werden annähernd um diesen Prozentsatz steigen. Die Verteuerung der Energieimporte wird die Handelsbilanz im kommenden Jahr demnach mit rund 10 Mrd. S zusätzlich belasten. Der Gesamtwert der Energieeinfuhr wird sich auf rund 44 Mrd. S belaufen (1979 33 Mrd. S, Verteuerung + 5,5 Mrd. S).

Das gesamte Importpreisniveau wird sich auf Grund dieser Annahmen um rund 4½% erhöhen. Während im abgelaufenen Jahr ein Teil der gestiegenen Importpreise durch Preisanhebungen im Export wettgemacht werden konnte, sind in dieser Hinsicht die Aussichten für 1980 weniger günstig.

Die Austauschbedingungen im Außenhandel verschlechterten sich für Österreich im abgelaufenen Jahr um rund 2%, für 1980 ist eine weitere Ver-

schlechterung um zumindest $2\frac{1}{2}\%$ zu erwarten. Unter Einschluß der Dienstleistungen wird der Terms-of-trade-Verlust zumindest wieder $1\frac{1}{2}\%$ betragen. Das Preisniveau des im Inland verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens wird sich um rund 4,8%, und damit um 0,6% stärker erhöhen als die Preise der inländischen Erzeugung (Deflator des Brutto-Inlandsproduktes). In diesem Ausmaß wird demnach ein volkswirtschaftlicher Realeinkommensverlust eintreten. Während sich die Handelsbilanz im Jahre 1979 gegenüber dem Vorjahr trotz hoher Fahrzeugeinfuhr und Energieverteuerung nur mäßig (um $7\frac{1}{2}$ Mrd. S) verschlechterte, könnte das Defizit im kommenden Jahr um rund 13 Mrd. S höher sein. Die Leistungsbilanz (ohne Statistische Differenz) wird ein Defizit von rund 30 Mrd. S ergeben. Weil sich die Dienstleistungsbilanz in den letzten zwei Jahren verbesserte, wird sie noch immer deutlich weniger passiv sein als 1977.

Geringeres Wachstum und leichte Verschlechterung der Arbeitsmarktlage

Die Analyse der Nachfrageströme ergibt, daß sich das Wachstum des Sozialproduktes im kommenden Jahr deutlich abschwächen wird. Nach einem realen Zuwachs von 5% wird die Wachstumsrate auf $+2\frac{1}{2}\%$ zurückgehen. Dies bedeutet, daß die Produktion ab dem Frühjahr saisonbereinigt stagnieren könnte. In den letzten Jahren hat sich deutlich gezeigt, daß die Beschäftigung auf Produktionsschwankungen in beiden Richtungen gedämpfter reagiert als früher. Der überdurchschnittliche Produktionszuwachs im Jahre 1979 (Gesamtwirtschaft +5%, Industrie +6%) hat nicht zu entsprechenden Beschäftigungszuwächsen geführt, so daß die Arbeitsproduktivität relativ stark gewachsen ist (Gesamtwirtschaft je Erwerbstätigen etwa +4,8%, Industrie $+6\frac{1}{2}\%$). Die Lohnkosten blieben, bezogen auf das Produktionsvolumen in der Gesamtwirtschaft, fast stabil, in der Industrie sanken sie deutlich.

Die zu erwartende Konjunkturabschwächung wird die Nachfrage nach Arbeit (Arbeitsstunden und Beschäftigte) dämpfen. Wegen der relativ geringen Reagibilität des Arbeitsmarktes ist jedoch zu erwarten, daß das schwache Produktionswachstum eine Verringerung des Produktivitätsfortschritts zur Folge haben wird. Aus diesem Grund ist anzunehmen, daß die Beschäftigung im kommenden Jahr im Jahresdurchschnitt nicht sinken wird. Die Dienstleistungszweige werden ihren Beschäftigtenstand weiter ausweiten, wenn auch vermutlich schwächer als in den vergangenen Jahren, als der öffentliche Sektor und der Handel das Hauptkontingent der zusätzlichen Arbeitsplätze bereitstellten. Im industriell-gewerblichen Sektor wird der Beschäftigtenstand des abgelaufenen Jahres nicht gehalten werden können. Die Beschäfti-

gung in der Industrie und der Bauwirtschaft wird zumindest um 1% zurückgehen.

Eine nennenswerte Zunahme der Arbeitslosigkeit ist unter diesen Umständen nur zu vermeiden, wenn die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte weiter ausgebaut wird. Die Prognose nimmt an, daß der Jahresdurchschnitt der Ausländerbeschäftigung um 10.000 bis 15.000 niedriger liegen wird als 1979. Dennoch zeichnet sich ab, daß die Zahl der Arbeitslosen leicht steigen wird und sich die Arbeitslosenquote von 2,0% auf 2,3% erhöht.

Beschleunigung der Inflation

Die von den Energie- und Rohstoffkosten ausgelöste, nur teilweise nachfragebedingte Inflationsbeschleunigung im Ausland hat Österreich im abgelaufenen Jahr verhältnismäßig wenig berührt. Das inländische Verbraucherpreisniveau erhöhte sich bis Herbstbeginn nur mäßig. Die bereits eingetretenen Verteuerungen auf der Import- und Großhandelsstufe, vereinbarte oder wahrscheinliche Erhöhungen amtlicher Preise sowie die neuerliche Erdölverteuerung lassen befürchten, daß die in letzter Zeit zu beobachtende Inflationsbeschleunigung im Jahre 1980 anhalten wird. Insbesondere ist mit Erhöhungen der Strom-, Gas-, Straßenbahn- und Bustarife, der ORF-Gebühren, der Preise für Benzin und andere Mineralölprodukte sowie für Gas und Kohle zu rechnen. Ausgenommen von den Energieträgern, ist jedoch von den meisten übrigen Rohstoffen kein weiterer Preisaufrtrieb zu erwarten. Die Preise für industriell-gewerbliche Waren dürften wegen des verminderten Kostendrucks von der Lohn- und der Rohstoffseite kaum stärker steigen als 1979. Die Preise für private Dienstleistungen, die weitgehend durch die Lohnentwicklung bestimmt werden, könnten weniger erhöht werden als im abgelaufenen Jahr. Die Prognose einer Inflation von $4\frac{1}{2}\%$ erscheint nach den jüngsten Entwicklungen auf dem Erdölmarkt als zu optimistisch. Es ist anzunehmen, daß sich die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 1980 um rund 1 Prozentpunkt auf $4\frac{3}{4}\%$ erhöhen wird. Der österreichische Stabilitätsvorsprung gegenüber dem Durchschnitt der OECD-Länder würde sich damit weiter vergrößern.

Überlegungen zu den Prognoseergebnissen

Mehr, als in den Wachstumsraten zum Ausdruck kommt, weist die Prognose auf einen spürbaren Konjunkturrückschlag auch für Österreich hin. Freilich ist dieser in den zuletzt eingelangten Informationen und Statistiken noch kaum sichtbar. Produktion, Auftragslage und Beschäftigung waren im Spätherbst gut, die Auslastung für das 1. Halbjahr 1980 scheint weitge-

Wichtige Prognosegrößen

	1978	1979	1980	1978	1979	1980
				Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Industrieproduktion				1 7	6	2½
Arbeitsmarkt						
Beschäftigte insgesamt (1 000)	2 758	2 776	2 780	0 8	0 7	0 1
Beschäftigte Industrie (1 000)	623	620	613	-1 7	-0 5	-1 1
Arbeitslose (1 000)	59	57	66			
Arbeitslosenrate (%)	2 1	2 0	2 3			
Einkommen						
Lohn- und Gehaltssumme (brutto Mrd S)	463 3	491 5	523 2	8 2	6	6½
je Beschäftigten (brutto, 1.000 S)	168 0	177 0	188 2	7 4	5½	6½
Netto-Massen-einkommen (Mrd S)	451 2	482 8	506 9	7 0	7	5
Preise						
Verbraucherpreise (Ø 1976 = 100)	109 3	113 2	118 6	3 6	3 7	4½
Großhandelspreise (Ø 1976 = 100)	104 0	108 2	113 6	1 0	4	5
Deflator des BIP				4 8	3½	4

hend gesichert, und die Investitionspläne sind deutlich expansiv. Die Prognose einer Konjunkturverschlechterung basiert sehr stark auf bereits erkennbaren oder mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwartenden direkten und indirekten Konsequenzen der Entwicklung auf den internationalen Erdölmärkten. Die Unsicherheiten der Preisprognose für Erdöl sind außerordentlich groß. Sie schließen Spekulationen über Strategien der Erdölländer und deren politische Stabilität mit ein. Die Lage auf dem Erdölsektor kann sich daher stärker zuspitzen als angenommen, umgekehrt ist auch eine günstigere Entwicklung durchaus denkbar. Alles in allem ist aber davon auszugehen, daß die Erdölverteuerung in den Jahren 1979 und 1980, gemessen am Sozialprodukt der Industrieländer, einen annähernd gleich starken Impuls in Richtung Inflation und Rezession ausüben wird wie 1974/75. Der Unterschied gegenüber der damaligen Konjunkturlage ist vor allem in der größeren Stabilität der Investitionen zu sehen. Damals kam den öffentlichen Budgets allein die Funktion zu, die erhöhte Sparneigung der Konsumenten und den Ausfall an In-

vestitionsnachfrage zu kompensieren. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß sich die Finanz- und Geldpolitik vor sehr ähnliche Anforderungen gestellt sieht wie damals, und daß sich deren Aktionsspielraum zumindest nicht vergrößert hat.

Die österreichische Wirtschaftspolitik hat ihre Dispositionen für 1980 im wesentlichen darauf aufgebaut, daß zwar eine Abschwächung der Konjunktur, nicht aber eine weitere Gefährdung der Beschäftigungslage zu erwarten ist. Wichtiger schien es, dem Preisaufrtrieb vorzubeugen und die Staatsfinanzen zu sanieren. Diese wirtschaftspolitische Grundlinie könnte in naher Zukunft von der internationalen Konjunktur her unter Druck geraten. Die auf Preisstabilisierung und Erleichterung der Investitionen angelegte Politik eines möglichst niedrigen Zinsniveaus könnte sowohl dem Bestreben, einen festen Schillingkurs beizubehalten, als auch den Folgen der weiteren Passivierung der Leistungsbilanz zuwiderlaufen. Voraussichtlich sind im Jahre 1980 weit höhere Kapitalimporte erforderlich, um die Verringerung der Auslandskomponente der Geldschöpfung aus der Leistungsbilanz in Grenzen zu halten.

Auch der Kurs der Budgetpolitik wird durch diese Konjunkturperspektiven erschwert. Falls der konjunkturelle Rückschlag rascher oder kräftiger ausfällt, als hier angenommen wird, wäre er kaum beizubehalten. Es erscheint verfrüht, über die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu spekulieren. Jedenfalls sollte aber für diese Eventualität Vorsorge getroffen werden.

Besonders schwierig ist die Lage der Einkommenspolitik. Sie hat im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft bewußt bescheidene Einkommenssteigerungen in Kauf genommen. Bei einer Fortdauer des Konjunkturaufschwunges wären allen Erfahrungen nach wieder größere Realeinkommenssteigerungen möglich geworden. Eine Verschlechterung der Konjunktur bringt jedoch das Risiko mit sich, daß eine kräftigere Lohnrunde 1980 die Kostensituation der Unternehmungen zusätzlich verschlechtert.

Abgeschlossen am 19. Dezember 1979